

Antrag

der Fraktion der SPD

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich die Bewerbungen von Migrantinnen und Migranten auf einen Ausbildungsplatz bei der Polizei im Zeitraum der letzten zehn Jahre zahlenmäßig entwickelt haben;
2. ob der prozentuale Anteil von Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst repräsentativ ist im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg und wie sich dieser konkret in Zahlen darstellt;
3. welche Nationalitäten die Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst aufweisen, inwiefern dies die Zusammensetzung der Gesellschaft nach Nationalitäten widerspiegelt und in welchen Bereichen Differenzen zu finden sind;
4. inwiefern sie in Betracht zieht, Polizeibeamtinnen und -beamte mit Migrationshintergrund gezielt einzusetzen, um in öffentlichen Einrichtungen und Kommunikationsplattformen für den Polizeidienst zu werben;
5. welche Erkenntnisse sie aus dem Pilotprojekt „Kulturelle Vielfalt“ in Mannheim gewinnt, bei dem mit Hilfe einer eigenen Internetseite gezielt junge Migrantinnen und Migranten angeworben werden sollen und ob in Betracht gezogen wird, ähnliche Projekte im ganzen Land durchzuführen;
6. welche positiven Erfahrungen die Polizei mit Beamtinnen und Beamten mit Migrationshintergrund bei der Konfliktlösung gemacht hat, insbesondere durch deren Fremdsprachenkompetenz;

7. welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um junge Migrantinnen und Migranten gezielt auf die Möglichkeit einer Ausbildung bei der Polizei aufmerksam zu machen.

17.07.2012

Schmiedel, Grünstein, Sakellariou
und Fraktion

Begründung

In Baden-Württemberg haben 26,2% der Bürgerinnen und Bürger einen Migrationshintergrund. Bei den unter 19-Jährigen ist dieser Anteil sogar noch größer (Repräsentative Bevölkerungsumfrage „Gelebte Vielfalt“ des Ministeriums für Integration in Baden-Württemberg). In öffentlichen Institutionen wie der Polizei sollte diese Zusammensetzung der Gesellschaft wiedergespiegelt werden. Die Mannheimer Polizei beispielsweise versucht bereits, Migrantinnen und Migranten über eine spezielle Internetseite (http://www.streife-im-quadrat.de/kulturelle_vielfalt.html) gezielt anzusprechen, auf die Attraktivität des Polizeiberufs aufmerksam zu machen und zu motivieren, die genannten Fähigkeiten einzubringen.

Migrantinnen und Migranten können mit ihren besonderen Eigenschaften wie interkulturellen Fähigkeiten und Mehrsprachigkeit in manchen Situationen besser deeskalierend wirken und eine breitere Identifikation der Bevölkerung mit der Polizei hervorrufen. Gerade deshalb sollten sie in allen Tätigkeitsbereichen eingesetzt werden.

Mehr Migrantinnen und Migranten in der Polizei zu haben, ist daher ein notwendiger Schritt in Richtung einer noch bürgernäheren Polizei.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 8. August 2012 Nr. 3-0305/835 nimmt das Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie sich die Bewerbungen von Migrantinnen und Migranten auf einen Ausbildungsplatz bei der Polizei im Zeitraum der letzten zehn Jahre zahlenmäßig entwickelt haben;*

Zu 1.:

Der Anteil von Migrantinnen und Migranten, die sich auf einen Ausbildungsplatz bei der Polizei bewerben, wird erst seit Juni 2012 statistisch erhoben. Erste Ergebnisse werden im November 2012 erwartet.

2. ob der prozentuale Anteil von Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst repräsentativ ist im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg und wie sich dieser konkret in Zahlen darstellt;

Zu 2.:

Zum Anteil von Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst in Baden-Württemberg existieren keine valide Zahlen. Seit dem Jahr 2009 wird mit einer anonymisierten und auf freiwilliger Basis durchgeführten Befragung der Anteil der sich in Ausbildung befindlichen Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter¹ mit Migrationshintergrund erhoben. Der Erhebung liegt die Definition nach dem Zensus 2011 zugrunde, die sich aus dem Zensusgesetz 2011 ergibt. Bei den Einstellungen der Jahre 2009 bis 2011 gaben 16,8 Prozent der Befragten an, einen Migrationshintergrund zu haben. Bei der Befragung der im März 2012 eingestellten Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter waren dies 22,2 Prozent.

Laut Mikrozensus 2010 beträgt der Anteil von Migrantinnen und Migranten in Baden-Württemberg 26,2 Prozent. Die 16- bis 30-Jährigen sind die für die Personalauswahl der Polizei relevante Altersgruppe. Der Mikrozensus 2010 ermöglicht allerdings nur Aussagen zur Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen. Der Anteil der in Baden-Württemberg lebenden Migrantinnen und Migranten beträgt hier 30,7 Prozent. Eine weitere Erhöhung des Anteils von Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst wird angestrebt.

3. welche Nationalitäten die Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst aufweisen, inwiefern dies die Zusammensetzung der Gesellschaft nach Nationalitäten widerspiegelt und in welchen Bereichen Differenzen zu finden sind;

Zu 3.:

Die Nationalitäten der Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst wurden und werden bisher nicht erfasst. Erhoben wurde und wird nur die Zahl der nichtdeutschen Bewerberinnen und Bewerber, die eingestellt wurden.

4. inwiefern sie in Betracht zieht, Polizeibeamtinnen und -beamte mit Migrationshintergrund gezielt einzusetzen, um in öffentlichen Einrichtungen und Kommunikationsplattformen für den Polizeidienst zu werben;

Zu 4.:

Die Einstellungsberater der Polizei Baden-Württemberg werden bei ihrer Arbeit von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit Migrationshintergrund unterstützt, die schon seit längerer Zeit in verschiedenen Organisationseinheiten der Polizei ihren Dienst verrichten, um gezielt Jugendliche und junge Erwachsene aus diesem Personenkreis anzusprechen. Diese Verfahrensweise hat sich in der Nachwuchswerbung bewährt und wird weiter Bestand haben.

Die Polizei Baden-Württemberg war bislang auf Kommunikationsplattformen im Internet nur aus polizeitaktischen Gründen präsent (zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Projekt „Stuttgart 21“ und sog. Facebook-Parties). Seit dem 24. Juli 2012 wird die Plattform von Facebook vom Polizeipräsidium Stuttgart auch für die Nachwuchswerbung genutzt. Hier werden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit Migrationshintergrund unter anderem zur Überwindung von Sprachbarrieren unterstützend tätig.

¹ 2009 und 2010 ohne Polizeikommissarsanwärterinnen und Polizeikommissarsanwärter.

5. welche Erkenntnisse sie aus dem Pilotprojekt „Kulturelle Vielfalt“ in Mannheim gewinnt, bei dem mit Hilfe einer eigenen Internetseite gezielt junge Migrantinnen und Migranten angeworben werden sollen und ob in Betracht gezogen wird, ähnliche Projekte im ganzen Land durchzuführen;

Zu 5.:

Vor dem Hintergrund der strukturellen Besonderheiten in Mannheim und einer daraus resultierenden allgemein schwächeren Bewerberlage, wurde beim Polizeipräsidium Mannheim im Dezember 2011 das Pilotprojekt „Nachwuchsgewinnung“ für die Dauer von zwei Jahren ins Leben gerufen. Das Pilotprojekt hat insbesondere auch die Gewinnung von Migrantinnen und Migranten für den Polizeiberuf zum Ziel. Aufgrund des kurzen Zeitraums kann noch keine Aussage über eine Korrelation zwischen Initiierung des Pilotprojektes und einer Veränderung der Bewerbungseingänge getroffen werden. Bisher konnte festgestellt werden, dass bei ausländischen Vereinen und Institutionen ein großes Interesse am Polizeiberuf vorhanden ist und ein erhebliches Informationsdefizit hinsichtlich der Ausbildungsmöglichkeiten bei der Polizei besteht.

Nach Ablauf der Projektdauer erfolgt eine detaillierte Auswertung der Ergebnisse. Da das Projekt auf die Rahmenbedingungen in Mannheim „zugeschnitten“ ist, muss dieser Umstand bei der Prüfung, inwieweit alle oder einzelne Inhalte landesweit übernommen werden können, berücksichtigt werden.

6. welche positiven Erfahrungen die Polizei mit Beamtinnen und Beamten mit Migrationshintergrund bei der Konfliktlösung gemacht hat, insbesondere durch deren Fremdsprachenkompetenz;

Zu 6.:

Für die Polizei Baden-Württemberg ist die kulturelle Vielfalt in der Polizei – gerade auch unter Berücksichtigung des demografischen Wandels – von großer Bedeutung. Die Polizei Baden-Württemberg hat nicht nur im Hinblick auf die Konfliktlösung durch die Fremdsprachenkompetenz der Beamtinnen und Beamten mit Migrationshintergrund positive Erfahrungen gemacht, sondern sieht darüber hinaus folgende Chancen in der vermehrten Einstellung von Migrantinnen und Migranten: Steigerung der Akzeptanz der Polizei bei Menschen mit Migrationshintergrund, Steigerung der interkulturellen Kompetenz innerhalb der Polizei, Reduzierung kulturell bedingter Missverständnisse, Annäherung der Zusammensetzung des Personalkörpers der Polizei an die gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne eines Spiegelbildes sowie die Vorbildfunktion von Migrantinnen und Migranten in Uniform für junge Menschen, sich in diese Gesellschaft zu integrieren und das hier geltende Recht zu akzeptieren.

7. welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um junge Migrantinnen und Migranten gezielt auf die Möglichkeit einer Ausbildung bei der Polizei aufmerksam zu machen.

Zu 7.:

Um Migrantinnen und Migranten gezielt anzusprechen, wurden bereits die Imagebroschüre der Polizei („Komm in unser Team. Polizei. Der Beruf.“) sowie der Internetauftritt der Polizei (www.polizei-bw.de) angepasst. Des Weiteren wurden auf lokaler Ebene in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit Werbeveranstaltungen für Migrantinnen und Migranten durchgeführt und Kontakte mit entsprechenden Institutionen (zum Beispiel mit Migrationsbeiräten und Moscheevereinen) geknüpft. Darüber hinaus wird derzeit eine Vereinbarung zwischen dem Innenministerium und den türkischen Generalkonsulaten in Karlsruhe und Stuttgart vorbereitet, die gemeinsame Maßnahmen zur interkulturellen Zusammenarbeit beinhaltet. Im Vordergrund sollen Projekte stehen, mit denen verstärkt türkische und türkischstämmige Jugendliche für den Polizeidienst gewonnen werden sollen.

Eine gemeinsame Projektgruppe des Integrations- und des Innenministeriums erarbeitet derzeit Handlungsempfehlungen zur Erhöhung des Anteils von Migrantinnen und Migranten in der Polizei. Die Ergebnisse sollen Modellcharakter haben, um von anderen Behörden und Einrichtungen des Landes übernommen werden zu können.

Gall

Innenminister